

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Mag. Heidemarie Sequenz (GRÜNE) und Kilian Stark (GRÜNE) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke (GGM)) für den Gemeinderat am 16.12.2025 - 17.12.2025.

Finanzierung des U-Bahn-Ausbaus durch Anpassung der Gebühren für den motorisierten Individualverkehr

Obwohl Wien mit einer Neuverschuldung von 3,2 Milliarden Euro kämpft, hat es die rot-pinke Stadtregierung verabsäumt, das Gebührenmodell im Bereich Mobilität endlich so auszurichten, dass klimafreundliches Verhalten belohnt und klimaschädliches bzw. platzraubendes Mobilitätsverhalten konsequent höher belastet wird.

Statt mutige, zeitgemäße Entscheidungen zu treffen, hält die Stadt an einem Parkpickerl fest, dessen Preis in keinerlei Relation zur tatsächlichen Leistung steht: Die dauerhafte Inanspruchnahme von rund 13 m² öffentlichen Raums für das Abstellen von Privateigentum ist praktisch gratis. Derzeit: 43 Cent pro Tag. 50 % aller Wiener:innen besitzen kein Auto, diese würden sich rundum glücklich schätzen, stünde ihnen 13 m² öffentlicher Raum rund um die Uhr zur Verfügung.

Würde der Preis des Parkpickerls zumindest auf das Niveau der Jahreskarte (467 € pro Jahr) angehoben, brächte das der Stadt Wien jährlich rund 300 bis 350 Mio. € ein. Das wäre genug, um den Ausbau der U2/U5 ohne Verzögerung abzusichern. Doch anstatt jene zu belasten, die öffentlichen Raum unverhältnismäßig in

Anspruch nehmen, wird lieber beim dringend notwendigen Öffi-Ausbau gespart bzw. die Jahreskarte verteuert und der Preis für den Einzelfahrschein für Senior:innen um 113 % erhöht.

Weitere dringend benötigte Mittel könnten durch eine City-Maut lukriert werden – ein Instrument, das internationale Metropolen längst erfolgreich einsetzen. Stockholm, eine Stadt mit einer Million Einwohner:innen, nimmt damit netto 57 Mio. € jährlich ein. Die Einfahrt kostet je nach Tageszeit 1–3 €. Wien hingegen diskutiert seit Jahren darüber – und entscheidet nichts.

Immerhin hat Stadträtin Sima angekündigt, eine Preisstaffelung beim Parken zu prüfen, wie sie in Paris und anderen europäischen Städten längst Realität ist: Große SUVs und Geländewagen sollen mehr zahlen. Das wäre längst überfällig. Denn fast 50 % der Neuzulassungen im ersten Halbjahr 2025 waren SUVs oder Geländewagen – und Wien liegt damit österreichweit an der Spitze. Diese Fahrzeuge verbrauchen mehr Platz, mehr Treibstoff und erhöhen das Unfallrisiko, besonders für Kinder. Niemand muss in einer dicht bebauten Großstadt mit einem Geländewagen unterwegs sein – trotzdem fördert die Stadt das durch viel zu niedrige Gebühren de facto weiterhin.

Die unterzeichnenden Gemeinderät:innen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG:

Der Wiener Gemeinderat ersucht die amtsführenden Stadträtinnen für Stadtplanung, Mobilität und Wiener Stadtwerke, sowie für Finanzen, Arbeit, Wirtschaft, Internationales und Digitales, die Gebühren für den motorisierten Individualverkehr endlich so zu gestalten, dass die notwendige Finanzierung des U2/U5-Ausbaus gesichert und damit auch die Erfüllung der Klimaziele auf eine realistische Basis gestellt wird.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrags.

Wien, am 17.12.2025

